

Volz, Joachim

Article

Großbritannien: Erfolgreiche antizyklische Wirtschaftspolitik

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Volz, Joachim (2003) : Großbritannien: Erfolgreiche antizyklische Wirtschaftspolitik, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 70, Iss. 13/14, pp. 197-201

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151213>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wochenbericht

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Großbritannien: Erfolgreiche antizyklische Wirtschaftspolitik

Joachim Volz
jvolz@diw.de

Die wirtschaftliche Entwicklung ist in Großbritannien seit über einem Jahrzehnt deutlich günstiger als im Euroraum. Bei höherem Wirtschaftswachstum waren Preisanstieg und Arbeitslosenquote geringer. Seit 1992 ist das Bruttoinlandsprodukt um 35 % und damit wesentlich stärker als im Euroraum (22 %) gestiegen. Die Arbeitslosenquote liegt seit mehreren Jahren bei gut 5 %, während sie im Euroraum rund 8½ % beträgt. Der Preisanstieg (HVPPI) in Großbritannien war im Durchschnitt des gesamten Zeitraums mit 1,8 % gegenüber 2,2 % deutlich niedriger; in den letzten Jahren hat sich der Abstand sogar vergrößert. Wesentlich für den Erfolg war, dass die Wirtschaftspolitik in Großbritannien entschieden antizyklisch ausgerichtet war.

Rückblick

Etwa zwei Jahre früher als die meisten anderen europäischen Länder, nämlich schon um die Jahresmitte 1990, war Großbritannien in eine schwere Rezession geraten. Innerhalb von knapp zwei Jahren ging das Bruttoinlandsprodukt um 4½ % zurück, und die Arbeitslosenzahl stieg um über 1 Million; dies entsprach einem Anstieg der Arbeitslosenquote von etwa 7 % auf rund 10 %. Überhöhte Lohnsteigerungen im Vergleich zu den europäischen Kernländern und im Verhältnis zur eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beeinträchtigten im Verbund mit einem ebenfalls überhöhten und im Europäischen Währungssystem gebundenen Pfundkurs die internationale Wettbewerbsfähigkeit erheblich. Das Leistungsbilanzdefizit stieg 1992 kräftig. Als Reaktion auf die sich verschärfende Situation suspendierte die Regierung im September 1992 die Teilnahme am Europäischen Währungssystem. Damit gewann die Geldpolitik Handlungsspielraum für einen antizyklischen Kurs, den sie für Zinssenkungen nutzte; innerhalb eines Jahres gingen die kurzfristigen Zinsen von nominal knapp 10 % auf knapp 6 % zurück. Gleichzeitig stabilisierte die Finanzpolitik die wirtschaftliche Entwicklung durch die Hinnahme extrem hoher Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten – bis zu fast 8 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 1993. Als Folge der Abwertung und der damit wiedergewonnenen Wettbewerbsfähigkeit, die sich zunächst auch in einem Rückgang des Lohnstückkostenanstiegs widerspiegelte, konnten sich die Exporte erholen und expandierten bis Mitte der 90er Jahre stärker als im Euroraum insgesamt (Tabelle). Mit den niedrigen Zinsen gewannen sowohl der private Konsum als auch die Investitionen rasch an Dynamik. Der wirtschaftspolitische Kurswechsel legte somit den Grundstein für eine lang andauernde wirtschaftliche Expansion.

Wirtschafts-
politischer Kurs-
wechsel begründet
erfolgreiche Ent-
wicklung

Nr. 13-14/2003

70. Jahrgang / 27. März 2003

Inhalt

Großbritannien: Erfolgreiche antizyklische Wirtschaftspolitik
Seite 197

Unkorrigiert!

Sperrfrist:
Mittwoch, 26. März 2003, 17 Uhr!

A 22127 C

Tabelle

Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Großbritannien und im Euroraum 1992 bis 2003

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2003 / 1992 ⁴	2003 / 1998 ⁴
Großbritannien														
Bruttoinlandsprodukt ¹	0,2	2,5	4,7	2,9	2,6	3,4	2,9	2,4	3,1	2,0	1,6	2,4	2,8	2,3
Privater Konsum	0,6	3,2	3,3	1,9	3,8	3,8	3,8	4,5	5,2	3,8	3,9	3,4	3,7	4,1
Öffentlicher Konsum	0,7	-0,7	1,0	1,7	1,2	0,1	1,5	3,1	2,1	2,3	4,2	3,3	1,8	3,0
Anlageinvestitionen	-0,9	0,3	4,7	3,1	4,7	6,9	12,8	0,6	1,9	0,8	-4,5	2,2	3,0	0,2
Exporte	4,3	4,4	9,2	9,0	8,2	8,3	3,0	5,3	10,1	0,9	-1,4	0,6	5,2	3,0
Importe	6,8	3,3	5,7	5,4	9,6	9,7	9,6	8,7	11,7	2,3	1,2	2,7	6,3	5,2
Verbraucherpreise (HVPI) ¹	4,2	2,5	2,0	2,7	2,5	1,8	1,6	1,3	0,8	1,2	1,3	1,5	1,8	1,2
RPIX ^{1,2}	4,7	3,0	2,4	2,8	3,0	2,7	2,7	2,3	2,1	2,1	2,2	2,3	2,5	2,2
Standardisierte Arbeitslosenquote (in %)	9,7	9,9	9,2	8,5	8,0	6,9	6,2	5,9	5,4	5,0	5,2	5,1	x	x
Leistungsbilanzsaldo ³	-2,1	-1,9	-1,0	-1,3	-1,1	-0,2	-0,6	-2,2	-2,0	-2,1	-1,7	-2,3	x	x
Bruttoschuldenstand ³	39,2	45,4	48,5	51,8	52,3	50,8	47,7	45,1	42,1	39,1	39,7	40,4	x	x
Finanzierungssaldo ³	-6,4	-7,9	-6,7	-5,8	-4,4	-2,2	0,2	1,1	3,9	0,7	-1,4	-1,4	x	x
Euroraum														
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,5	-0,8	2,4	2,2	1,4	2,3	2,9	2,8	3,5	1,4	0,8	1,4	1,8	2,0
Privater Konsum	1,9	-0,8	1,3	1,9	1,6	1,6	3,1	3,5	2,5	1,8	0,7	1,3	1,7	2,0
Öffentlicher Konsum	3,2	1,5	1,2	0,7	1,7	1,3	1,4	2,0	1,9	1,9	2,1	1,3	1,5	1,8
Anlageinvestitionen	0,5	-6,0	2,4	2,4	1,3	2,4	5,2	6,0	4,8	-0,7	-2,3	1,0	1,4	1,7
Exporte	3,2	0,8	9,0	7,8	4,5	10,5	7,3	5,2	12,6	2,7	1,0	4,8	6,0	5,2
Importe	3,1	-4,1	8,3	7,6	3,3	9,1	10,0	7,4	11,3	1,4	-0,5	5,1	5,2	4,8
Verbraucherpreise (HVPI) ¹	3,8	3,4	2,8	2,6	2,3	1,6	1,2	1,1	2,4	2,5	2,2	1,8	2,2	2,0
Standardisierte Arbeitslosenquote (in %)	8,6	10,2	10,8	10,6	10,8	10,8	10,2	9,4	8,5	8,0	8,3	8,5	x	x
Leistungsbilanzsaldo ³	-0,9	0,4	0,2	0,8	1,1	1,6	1,1	0,5	-0,4	0,1	0,9	0,9	x	x
Bruttoschuldenstand ³	61,9	67,2	69,5	73,0	75,4	75,4	73,7	72,6	70,2	70,0	70,7	70,7	x	x
Finanzierungssaldo ³	-5,4	-5,8	-5,1	-5,0	-4,3	-2,6	-2,2	-1,3	-0,9	-1,5	-2,4	-2,1	x	x

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.² Einzelhandelspreisindex ohne Hypothekenzinsen.³ In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts.⁴ Jahresdurchschnittliche Veränderung.

Quellen: EZB; Eurostat; OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin. 2003: Schätzung, Stand Januar 2003.

DIW Berlin 2003

Geldpolitik

Im Jahre 1994 war das Wirtschaftswachstum mit 4,7% schon so stark, dass die Notenbank ihren expansiven Kurs zurücknahm. Wegen einer deutlichen Beschleunigung des Verbraucherpreisanstiegs ging die Geldpolitik 1997/98 vorübergehend sogar auf Restriktionskurs. Die kurzfristigen Zinsen stiegen deutlich und lagen damit über den langfristigen (Abbildung 1). Die höheren Zinsen trieben den Pfundkurs zeitweise bis auf weit über 3 D-Mark bzw. im Höhepunkt auf rund 1,70 Euro (Abbildung 2), wodurch sich die Exporte kräftig verteuerten. Als sich im Gefolge der Asienkrise (August 1998) eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums abzeichnete, ging die Geldpolitik jedoch wieder auf Gegenkurs. In den vergangenen zwei Jahren lagen die langfristigen wieder über den kurzfristigen Zinsen, und die Geldpolitik stützte mit mehreren Zinssenkungen die Konjunktur. Angesichts der weltwirtschaftlichen Schwäche hat die Bank of England in jüngster Zeit ihren Zinssatz auf 3,75 % und damit auf das tiefste Zinsniveau seit 1955 gesenkt.

Bei der Entwicklung der Verbraucherpreise, deren Anstieg (gemessen am HVPI) in den letzten Jahren bei gut 1 % und damit zumeist sogar noch unter der deutschen Rate lag, wurde seit 1997 mit Anstiegsraten von unter 2 % praktisch Preisstabilität erreicht.¹ Im Euroraum lag der Preisanstieg in den letzten drei Jahren mehr als doppelt so hoch; erst in jüngster Zeit nähern sich die Raten einander an.

Finanzpolitik

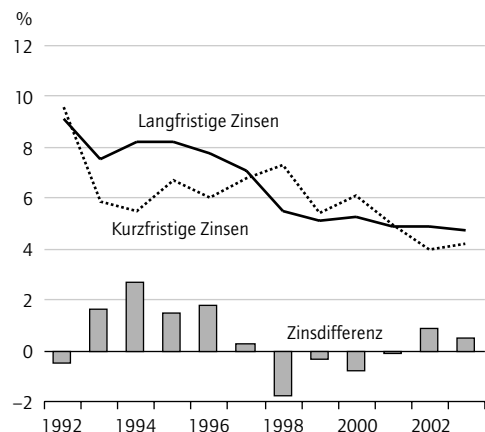
Im Tiefpunkt der Rezession im Jahre 1993 wurde die Ausweitung des Defizits der öffentlichen Haushalte auf knapp 8 % des Bruttoinlandsprodukts bewusst hingenommen. Anders als die meisten europäischen Länder war Großbritannien nicht den Zwängen des Maastricht-Konvergenzprozesses ausgesetzt und konnte seine Finanzpolitik anti-

¹ Das Inflationsziel wird in Großbritannien von der Regierung jeweils für einen bestimmten Zeitraum festgelegt. Es liegt im Augenblick bei 2,5 % des Einzelhandelspreisindex und ist mit dem anders definierten und am Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessenen Inflationsziel der EZB nicht vergleichbar.

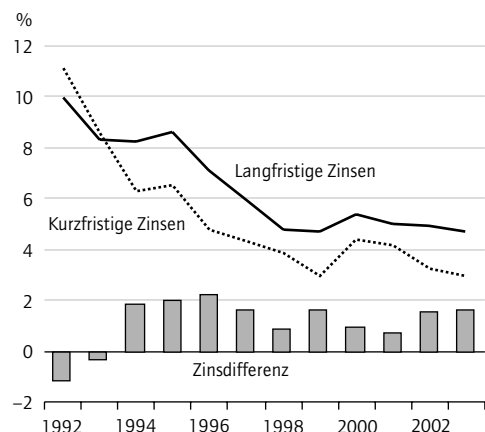
Abbildung 1

Kurz- und langfristige Zinsen in Großbritannien und im Euroraum

Großbritannien



Euroraum



Quellen: OECD; 2002 und 2003:
Schätzung und Prognose der OECD.

DIW Berlin 2003

zyklisch wirken lassen.² Mit der gesamtwirtschaftlichen Erholung schritt die finanzpolitische Konsolidierung rasch voran. 1998 wies Großbritannien als einzige größere europäische Volkswirtschaft wieder einen Haushaltsüberschuss auf. Dabei konnte sogar die steuerliche Belastung des durchschnittlichen Lohnempfängers von etwa 33 % im Jahre 1994 auf etwa 30 % im Jahre 2000 (im Euroraum dagegen fast unverändert 44,6 % bzw. 43,6 %) gesenkt werden.³

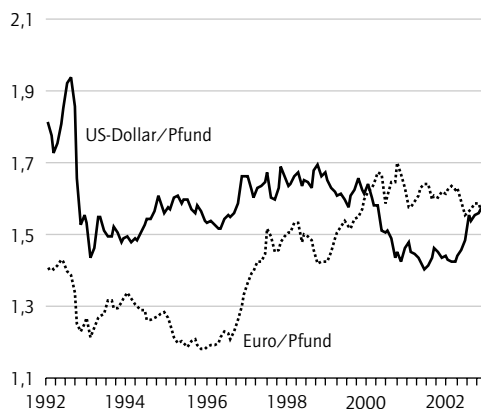
Arbeitsmarkt und Lohnentwicklung

Große Erfolge konnte die britische Wirtschaftspolitik im Beobachtungszeitraum bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erreichen. So hat sich die standardisierte Arbeitslosenquote von 1993 bis zum Beginn dieses Jahrzehnts von rund 10 % auf rund 5 % halbiert, wobei auch das Arbeitsvolumen in Stun-

Abbildung 2

Wechselkurs zwischen Pfund und US-Dollar bzw. Euro¹

Januar 1992 bis Dezember 2002



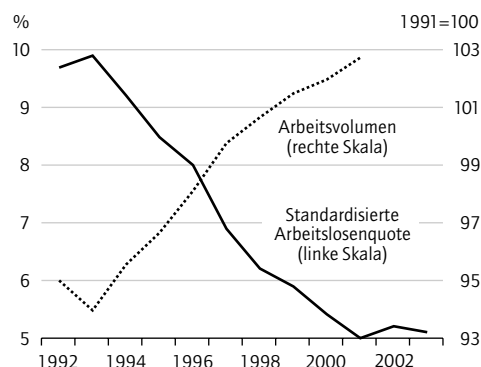
1 Bis Dezember 1998 ECU.

Quellen: IMF; Bank of England.

DIW Berlin 2003

Abbildung 3

Arbeitslosenquote und Arbeitsvolumen in Großbritannien



Quellen: OECD; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

den gemessen deutlich stieg⁴ (Abbildung 3). Im Euroraum dagegen ging die Arbeitslosenquote lediglich um 2 Prozentpunkte auf rund 8,5 % zurück.

² Dies kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Standardabweichung der Haushaltsalden in den 90er Jahren für Großbritannien deutlich größer ist als für den Euroraum insgesamt. Vgl.: Großbritannien auf dem Weg zum Euro? Bearb. Gustav A. Horn und Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 13-14/2002.

³ Vgl. Europäische Kommission: Report on the Implementation of the 2001 Broad Economic Guidelines. Brüssel 2002.

⁴ In der öffentlichen Wahrnehmung der Arbeitsmarktsituation in den einzelnen Ländern steht zumeist die Arbeitslosenquote im Vordergrund. Wird aber beispielsweise die Arbeitslosenquote in starkem Maße als Folge einer Verringerung der durchschnittlichen Arbeitszeit reduziert – wie dies in manchen Ländern, so in den Niederlanden, zeitweise der Fall war –, so kann sie kein ausreichender Indikator für die arbeitsmarktpolitische Performance sein. Nach britischer Berechnungsweise, die nur die Antragsteller von Arbeitslosenhilfe in Relation zur Erwerbstätigenzahl berücksichtigt, betrug die Arbeitslosenquote im Übrigen zuletzt nur noch 3 %.

Kasten

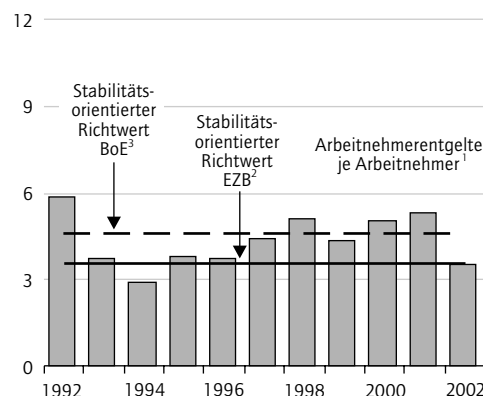
Haushaltspolitische Leitlinien in Großbritannien im Kontrast zu den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Die britische Regierung hat sich mit der seit 1998 explizit verfolgten budgetpolitischen Strategie das Ziel gesetzt, auf mittlere Frist eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten. Damit strebt sie im Prinzip dasselbe an wie der vom Europäischen Rat 1997 beschlossene Stabilitäts- und Wachstumspakt; die Regeln zur Erreichung des Ziels sind allerdings flexibler und beziehen die konjunkturelle Situation, das Niveau der staatlichen Verschuldung und das Erfordernis eines ausreichenden Niveaus der öffentlichen Investitionstätigkeit mit ein. Dabei werden im „Code for Fiscal Stability“ für die Finanzpolitik Großbritanniens zwei Regeln formuliert:

- Nach der so genannten „Golden Rule“ dürfen über einen gesamten Konjunkturzyklus hinweg nur Investitionen durch eine zusätzliche Verschuldung finanziert werden, nicht aber laufende Ausgaben. Anders formuliert bedeutet dies, dass der Saldo des laufenden Haushalts über den Zyklus hinweg ausgeglichen sein soll. Allerdings ist es nicht ganz einfach, den Anfangs- und Endpunkt des jeweiligen Zyklus sowie die – für die Durchführung der Finanzpolitik wichtigen – aktuellen Abweichungen vom potentiellen gesamtwirtschaftlichen Output festzustellen.
- Die öffentliche Verschuldung soll in einem stabilen und „akzeptablen“ Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt stehen; als akzeptabel wird eine Verschuldung von etwa 40 % des Bruttoinlandsprodukts angesehen. Gegenwärtig liegt die Verschuldung knapp unter diesem Wert.

Abbildung 4

Stabilitätsorientierter Richtwert und Lohnentwicklung in Großbritannien



¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

² Inflationswert 1,5 % plus Arbeitsproduktivitätsdurchschnitt über die 90er Jahre 2,1 %.

³ Inflationswert 2,5 % (Bank of England) plus Arbeitsproduktivitätsdurchschnitt über die 90er Jahre 2,1 %.

Quellen: Europäische Kommission; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

In Großbritannien kam es angesichts der raschen Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Einkommenssteigerungen, die vor allem auf einen vergleichsweise kräftigen Anstieg der Arbeitnehmerentgelte zurückgingen. Dabei wurde der stabilitätsorientierte Richtwert⁵ der Bank of England für die Lohnentwicklung nicht nennenswert überschritten (Abbildung 4).

Bei im Vergleich kräftigen Lohnsteigerungen sind die Lohnstückkosten seit Mitte der 90er Jahre stärker als im Euroraum gestiegen (Abbildung 5). Jedoch hat sich der Anstieg der Lohnstückkosten seit dem zweiten Quartal 2001 erheblich verlangsamt. Zum ersten Mal seit Anfang 1996 gingen dabei die Lohnstückkosten sowohl für die Gesamtwirtschaft (–0,4 % im dritten Quartal 2002 gegenüber dem Vorjahr) als auch – noch stärker – für das verarbeitende Gewerbe (–1,7 %) zurück.⁶

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

In den letzten Jahren lag das Wachstum in Großbritannien über dem des Euroraums – obwohl der außenwirtschaftliche Vorteil für die britische Wirtschaft in den vergangenen Jahren entfallen ist: Das Pfund hat merklich aufgewertet. Das vergleichsweise befriedigende Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren ist ausschließlich einer kräftig expandierenden Binnennachfrage zu verdanken, zu deren Stützung seit dem Jahre 2001 auch wieder die Finanzpolitik mit einer spürbaren Ausweitung der öffentlichen Ausgaben beiträgt. Denn während die Importe im Zuge der anhaltend kräftig expandierenden Binnennachfrage schon seit 1996 wieder rascher stiegen als die Exporte, schwächte sich nunmehr auch der Anstieg der Exporte deutlich

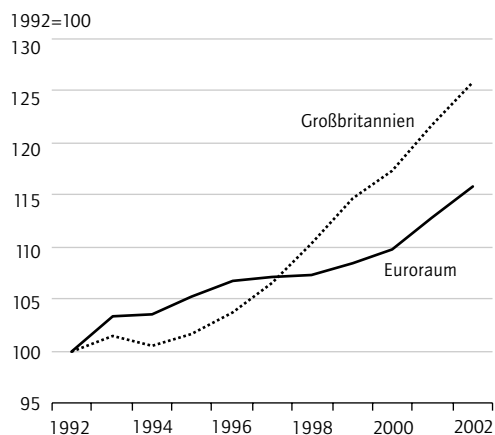
⁵ Diesem Richtwert entspricht eine Lohnentwicklung, die sich an der mittelfristigen Produktivitätsentwicklung zuzüglich des von der EZB bzw. der Bank of England akzeptierten Preisanstiegs orientiert.

⁶ National Statistics: Productivity, 23. Dezember 2002, www.statistics.gov.uk.

Weitgehend adäquate Lohnentwicklung

Abbildung 5

Entwicklung der Lohnstückkosten¹ 1992 = 100



¹ Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer in Relation zum realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

Quellen: OECD; Europäische Kommission; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

ab. Dies ging mit einem deutlichen Rückgang des Anteils der Warenexporte an den Gesamtexporten einher. Anders als im Euroraum insgesamt verschlechterte sich die Leistungsbilanz erheblich und wurde deutlich defizitär: Seit 1999 liegt das Defizit bei rund 2 % des Bruttoinlandsprodukts.

Der eigentliche Problembereich der britischen Wirtschaftsentwicklung ist die unzureichende internationale Wettbewerbsfähigkeit. Das Produktivitätsniveau lag bis zuletzt deutlich⁷ unter dem der wichtigsten Konkurrenzländer. Die Regierung hat die Beschleunigung der Produktivitätsentwicklung zu einem ihrer wichtigsten Ziele erklärt. Im Rahmen eines mehrjährigen Ausgabenprogramms – das in dieser Form gegenwärtig in keinem anderen europäischen Land eine Entsprechung hat –

werden nunmehr die öffentlichen Investitionen, vor allem im Infrastrukturbereich (insbesondere Verkehrswesen, Gesundheitswesen und Erziehungswesen), deutlich erhöht.

Zusätzlich wurden die Körperschaftsteuer deutlich gesenkt und Anreize für Investitionen gesetzt (Begünstigungen für Investitionen im IT-Bereich, Steuerermäßigungen für Investitionen im Risikokapitalbereich sowie eine 150 %-ige Abzugsmöglichkeit der Ausgaben für Forschung und Entwicklung vom steuerpflichtigen Gewinn bei den kleinen und mittleren Unternehmen usw.). Schließlich wurden spezielle regionale Innovationsfonds eingerichtet und verschiedene Institutionen zur Unterstützung kleinerer Unternehmen, aber auch zur Förderung von Zusammenarbeit und Zusammenschlüssen im Bereich der Hochtechnologien gegründet.

Ausblick

Im Rückblick auf die vergangenen zehn Jahre schneidet Großbritannien gegenüber dem Euroraum insgesamt sehr gut ab. Auch die kurz- und mittelfristigen Perspektiven sind vergleichsweise gut. Dies gilt umso mehr, wenn sich die Anpassung an das Produktivitätsniveau der wichtigsten Konkurrenzländer fortsetzt. Zudem hat die britische Wirtschaftspolitik einen relativ großen Handlungsspielraum, um gegebenenfalls einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums wirkungsvoll zu begegnen. Zum einen hat die Notenbank die Möglichkeit, die Zinsen weiter zu senken. Zum anderen könnte die Finanzpolitik ihren antizyklischen Kurs über einige Jahre ohne größere Probleme fortsetzen.⁸

⁷ Ein knappes Viertel gegenüber Frankreich und Deutschland, mehr als ein Viertel gegenüber den USA.

⁸ Vgl. R. Barrell et al.: The UK Economy. In: National Institute Economic Review, Nr. 183, Januar 2003.

Kernproblem Produktivitätsniveau

Größerer wirtschaftspolitischer Handlungsspielraum als in der EWU



Einladung zu einem Gastvortrag im DIW Berlin am 11. April 2003

Ron Sands, PhD

Pacific Northwest Laboratory and University of Maryland

Advanced Electric Generating Technologies in a Computable General Equilibrium Model

Dr. Sands joined Pacific Northwest National Laboratory in 1986. He is currently at the Joint Global Change Research Institute in College Park, Maryland, with responsibility for development of two economic modeling systems used for analysis of climate policy. The first modeling system is the Second Generation Model, a computable-general-equilibrium model covering 14 world regions. This model is developed collaboratively with research institutes in several countries, including China, India, Brazil, Japan, and Germany. The other modeling system is PNNL's Agriculture and Land Use (AgLU) model, designed to simulate global agricultural production and land-use change over one century and the resulting carbon emissions from land-use change.

Ort: DIW Berlin, Sitzungssaal E 05
Englerallee 40, 14195 Berlin

Zeit: 10.30 Uhr

Anmeldungen bitte unter: information@diw.de

oder bei

Renate Bogdanovic: Tel. 030-897 89-259, Fax: 030-897 89-119

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Wolfram Schrettl, Ph. D.
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dörte Höppner
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt

Pressestelle

Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

(unverbindliche Preisempfehlungen)
Jahrgang Euro 108,-/sFR 182,-
Einzelnnummer Euro 10,-/sFR 18,-
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

**Der nächste Wochenbericht
erscheint am 10. April 2003**